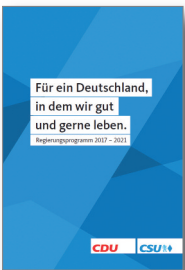


Bundestagswahl: Holzbau in Parteiprogrammen

Am 24. September 2017 ist Bundestagswahl. Spielt der Holzbau in den Wahlprogrammen eine Rolle? Welche Bedeutung haben Klimaschutz und Ressourcenwende? Wie oft tauchen bestimmte Schlüsselbegriffe im Programmtext auf? Welche konkreten Aussagen werden gemacht?

CDU/CSU



Der Begriff „Holz“ taucht im gemeinsamen Wahlprogramm der Unionsparteien im Kapitel „Landwirtschaft hat Zukunft“ (S.15-17) auf: „Im Sinne einer nachhaltigen Holz- und Rohstoffwirtschaft wollen wir die Potenziale des Waldes auch künftig stärken und nutzen, ohne dabei auf zentrale Anliegen des Umwelt- und Landschaftsschutzes zu verzichten.“ (S.17). Zum Klimaschutz gibt es im Kapitel „Gutes Klima für morgen“ (S.67-69) ein klares Bekenntnis: „Der Schutz von Umwelt und Klima ist für uns von zentraler Bedeutung. Wir wollen das ökologische Gleichgewicht unseres Planeten erhalten und allen Menschen in Deutschland ein Leben in einer gesunden und intakten Umwelt ermöglichen. Umwelt und Wohlstand, Wachstum und Klimaschutz sind keine Gegensätze.“ (S.67) Daraus folgt: „Wir halten an unseren bestehenden Energie- und Klimazielen fest und setzen sie Schritt für Schritt um. Dies gilt auch für den 2016 beschlossenen Klimaschutzplan. Wir lehnen dirigistische staatliche Eingriffe in diesem Bereich ab und setzen stattdessen auf marktwirtschaftliche Instrumente.“ (S.69)

SPD



Im Wahlprogramm der Sozialdemokraten sucht man das Wort „Holz“ vergebens. Dafür gibt es im Kapitel „Es ist Zeit für eine gesunde und saubere Zukunft“ (S.48-52) ein klares Bekenntnis zum Klimaschutz: „In Deutschland wollen wir bis 2020 den Ausstoß von CO₂ im Vergleich zu 1990 um mindestens 40 Prozent senken, bis

2050 wollen wir weitestgehend Treibhausgasneutralität erreichen. In Übereinstimmung mit dem Pariser Klimaschutzabkommen werden wir deshalb den Klimaschutzplan 2050 weiterentwickeln.“ Und: „Wir werden Deutschland zur energieeffizientesten Volkswirtschaft der Welt machen.“ (S.48) Zur Ressourcenwende gibt es das Kapitel: „Kreislaufwirtschaft und Ressourceneffizienz“ (S.50). Darin steht: „Wir werden Haushalte und Unternehmen stärker über ressourcenschonende Alternativen informieren. Ziel muss sein, Abfall zu vermeiden, Produkte langlebiger zu machen und mehr zu recyceln. Der verminderte Einsatz von Ressourcen führt zu geringeren Material- und Energiekosten und stärkt zugleich die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.“ (S.50)

B90/Grüne



Im Wahlprogramm der Grünen taucht gar der Begriff „Holzbau“ auf. Im Kapitel „Mit grüner Industriepolitik den Industriestandort und Arbeitsplätze sichern“ (S.42-44) heißt es: „Die Bauwirtschaft kann mit Holzbau oder Textilbeton Ressourcen und Emissionen einsparen.“ (S.42) Der Klimaschutz zieht sich durch das ganze Programm und taucht insgesamt 33-mal auf. Auch zur Ressourcenwende gibt es im Kapitel „Ressourcen schonen – Vom Müllberg zum Kreislauf“ (S.22-24) ein eindeutiges Bekenntnis: „Mit einer Ressourcenabgabe auf Produkte setzen wir einen Anreiz für Ressourcenschutz und Effizienzmaßnahmen. Alle, die

Ressourcen nutzen, sollen für die ökologischen und sozialen Kosten ihrer Gewinnung bezahlen und die Förderung einer echten Kreislaufwirtschaft mitfinanzieren.“ (S.22) Die wird bekräftigt im Kapitel „Bezahlbares Wohnen für alle“ (S.185-186): „Flächensparendes Bauen und kompakte Raumkonzepte wollen wir stärken, den Flächenverbrauch auf der grünen Wiese eindämmen und mehr nachwachsende und gesunde Baustoffe einsetzen.“ (S.186)

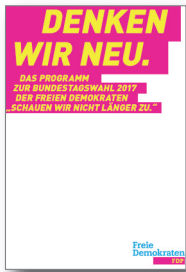
Linke



Den Begriff „Holz“ findet man bei der Linken nicht, jedoch ein klares Bekenntnis zum Klimaschutz im Kapitel „Wirtschaft sozial und ökologisch umbauen“ (S.85-86): „Wir wollen,

dass die Bundesrepublik den Ausstoß von Treibhausgasen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 verringert, bis 2030 um 60 Prozent und bis 2050 um 95 Prozent. Die genannten Ziele müssen in einem Klimaschutzgesetz festgeschrieben werden. Der Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung muss darüber hinaus den Ambitionen des UN-Klimaschutzabkommens von Paris entsprechend verschärft und mit wirksamen Maßnahmen unteretzt werden.“ Und im Kapitel „Eine Abfallwirtschaft, die Ressourcen schont“ (S.97-98) steht: „Um die natürlichen Ressourcen zu schützen, wollen wir regionale Wirtschaftskreisläufe fördern und eine Ressourcenverbrauchsabgabe für nicht erneuerbare Primärrohstoffe und Einwegverpackungen einführen.“ (S.97)

FDP



Holz taucht im Wahlprogramm der Liberalen im Kapitel „Sicherung der nachhaltigen Forstwirtschaft“ (S.25) auf: „Die Nutzung des klimafreundlichen Rohstoffes

Holz wollen wir durch ein gezieltes Innovations- und Forschungsprogramm voranbringen.“ (S.25) Die Ressourcenwende klingt im Kapitel „Moderner Umweltschutz“ (S.26-27) an: „Wir ... wollen die Rahmenbedingungen für eine innovative Kreislauf- und Ressourcenwirtschaft verbessern und setzen verstärkt auf Müllvermeidung und Recycling.“ (S.26) Der Klimaschutz wird zwar bejaht, nicht aber der eingeschlagene Weg. Im Kapitel „Klimaverträglichkeit und Effizienz“ (S.79-81) heißt es: „Wir wollen den Emissionshandel als globales Klimaschutzinstrument weiterentwickeln und dafür internationale Kooperationspartner gewinnen. ... Daher lehnen wir auch auf Ebene der Europäischen Union technische Auflagen zur Treibhausgasreduzierung ab und treten für einen Verzicht auf Subventionen für Vermeidungstechnologien ein.“ (S.79) Und: „Nationale Alleingänge wie den Klimaschutzplan 2050 lehnen wir ab.“ (S.80)

AfD

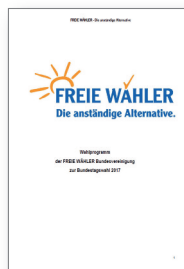
Aussagen zum Holz, zum Holzbau, zur Kreislaufwirtschaft und zur Ressourcenwende sucht man bei den Nationalisten vergebens. Zwar gibt es ein eige-



nes Kapitel „Klimawandel“ (S.65), doch in dem wird dieser konsequent

geleugnet: „Das Spurengas Kohlenstoffdioxid (CO₂) ist kein Schadstoff, sondern eine unverzichtbare Voraussetzung für alles Leben. Die Aussagen des Weltklimarats (IPCC), dass Klimaänderungen vorwiegend menschengemacht seien, sind wissenschaftlich nicht gesichert.“ (S.65) Daraus folgt: „Wir wollen das Projekt der Dekarbonisierung über die ‚Große Transformation‘ beenden und den Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung aufheben.“ (S.65)

FW



Die Freien Wähler dagegen bekennen sich klar zum Klimaschutz. Im Kapitel „Schöpfung bewahren – Klima- und Umweltschutz“ (S.59-61) steht:

„Wir begrüßen das Pariser Klimaabkommen und wollen eine ambitionierte Umsetzung der vereinbarten Ziele in unserem Land. Wir brauchen in diesem Bereich auch eine starke und handlungsfähige Europäische Union, in der 28 Industriestaaten gemeinsam einen großen Teil der bevorstehenden Herausforderungen in Angriff nehmen können.“ (S.59) Auch die Ressourcenwende klingt an – zwar nicht zum Thema Rohstoffe, aber zum Thema Flächenverbrauch: „Unsere Flächen sind begrenzt. Wir

müssen verantwortungsbewusst mit dem weiteren Verbrauch und der Inanspruchnahme von Flächen für die Verkehrs- und Siedlungspolitik umgehen, um unseren nachfolgenden Generationen Natur und Lebensqualität weitergeben zu können und ihnen selbst noch Planungsspielräume zu überlassen.“

ÖDP



Klare Aussagen pro Holzbau macht das Bundespolitische Programm der Ökologisch-Demokratischen Partei in seinem Kapitel „Siedlungsstrukturen menschen- und umweltgerecht gestalten“ (S.12-15): „Das Bauen mit Baumaterialien aus nachwachsenden und CO₂-bindenden Rohstoffen ist ... besonders zu fördern, da (1.) es im Vergleich zum Bauen mit Stahl, Beton und Ziegeln mit sehr wenig Energieaufwand verknüpft ist, (2.) nachwachsende und CO₂-bindende Rohstoffe regional erzeugt werden können und damit die regionalen Wirtschaftsstrukturen stärken, (3.) in nachwachsenden Rohstoffen große Mengen CO₂ gespeichert sind, die ansonsten kurz- und mittelfristig wieder freigesetzt würden.“ Der Klimaschutz zieht sich durch das gesamte Programm. Ein detailliertes Konzept für die Ressourcenwende findet sich in den beiden Kapiteln „Von der Abfallwirtschaft zur Kreislaufwirtschaft“ (S.20-22) und „Ressourcennutzung besteuern statt Arbeit“ (S.60-61).